

Eberswalde, den 02.11.2006



Kontakt:
AfA UB Barnim, Altenhofer Straße 4, 16227 Eberswalde
E-Mail: afa@barnim.de
Homepage: <http://www.afa-barnim.de>

Antrag zum Unterbezirksparteitag des SPD-Unterbezirks Barnim am 27.11.2006

AfA-Antrag 1: Weiterentwicklung der Gesetzgebung für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

Die SPD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die nachfolgend genannten Punkte bei der Weiterentwicklung der Gesetzgebung für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt I bis IV zu berücksichtigen und im Gesetzgebungsverfahren umzusetzen.

Begründung:

1. *Arbeitsgelegenheiten (MAE, „Ein-Euro-Jobs“)*. Der Einsatz von Ein-Euro-Jobs ist kein Lösungsansatz zur nachhaltigen Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil besteht die Gefahr der Substitution von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen durch Ein-Euro-Jobs. In Größenordnungen führen sie zum Abbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Deshalb müssen Ein-Euro-Jobs in geregelte tarifvertraglich abgesicherte Normalarbeitsverhältnisse umgewandelt werden, wobei die bereits durch Kürzungen in den öffentlichen Haushalten abgebauten Arbeitsplätze wieder hergestellt werden. Gleichzeitig muss die Aushöhlung der Tarifverträge sowie die Schaffung „tarifvertragsfreier Jobs“ gestoppt, Tariffucht verhindert und das Tarifvertragssystem in seiner Allgemeinverbindlichkeit für alle Beschäftigten des entsprechenden Geltungsbereichs des Flächentarifvertrages wiederhergestellt und verteidigt werden.

2. *Förderung der beruflichen Weiterbildung und ABM*: Ein großer Anteil der Erwerbslosen hat keinen Berufsabschluss, nur geringe berufliche Kenntnisse oder keine Berufserfahrung. Insbesondere ist das bei jugendlichen Arbeitslosen bis zu 25 Jahren eklatant feststellbar. Die nachhaltige positive Wirkung der beruflichen Weiterbildung ist wissenschaftlich belegt und allgemein akzeptiert. Es ist deshalb erforderlich, die Förderung der beruflichen Weiterbildung und ABM als Brücke zum so genannten 1. Arbeitsmarkt stärker anzubieten und die Aufwendungen dafür deutlich zu erhöhen.